

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Februar 2025

1. Regional
2. Guatemala
3. El Salvador
4. Honduras
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

US-Beziehungen: Die erste offizielle Reise vom neuen US-Außenminister Marco Rubio in der ersten Februarwoche 2025 war eine Rundreise durch zentralamerikanische Länder: Panama, Costa Rica, El Salvador und Guatemala. Diese Entscheidung war ungewöhnlich, denn in der Vergangenheit haben die ersten offiziellen Reisen der US-Außenminister stets außerhalb des amerikanischen Kontinents stattgefunden. In einem vor seiner Reise veröffentlichten Statement erklärte Rubio, dass diese Entscheidung dazu dienen sollte, die Bedeutung der Zusammenarbeit dieser Länder für Trump zu verdeutlichen, um die Migration aus und durch die zentralamerikanische Region einzuschränken.

Honduras und Nicaragua waren nicht im Reiseprogramm vorgesehen. Sie werden zwar im Statement nicht explizit erwähnt, aber Rubio hinterlässt darin eine implizite Drohung: Länder, die kooperieren, sollen „enorm profitieren“, Länder, die es nicht tun, sollen „Amerikas erheblichem Druck“ ausgesetzt werden.

Abschiebungen: Im Februar, einen Monat nach Donald Trumps Amtsantritt, begannen Flüge mit von den USA abgeschobenen Personen in Panama und Costa Rica einzutreffen. Costa Rica nahm am 21. Januar 200 Migranten auf, darunter vor allem Familien und Kinder, unter anderem aus Usbekistan, China, Afghanistan und Russland. In Panama wurden 100 Migrant*innen, die in einem Hotel festgehalten worden waren, in ein vier Stunden von der Hauptstadt entferntes Dschungelcamp verlegt. Beide Länder erklärten sich bereit, als „Brücke“ für die Abschiebung von Migrant*innen aus Asien und Indien zu fungieren.

Unglück: In den frühen Morgenstunden des 11. Februar stürzte ein Bus am Rande von Guatemala-Stadt in eine Schlucht. An Bord des Busses befanden sich 70 Personen, von denen mindestens 55 starben. Videos von Straßenkameras zeigen, dass der Fahrer bei überhöhter Geschwindigkeit die Kontrolle verlor, aber die Ermittlungen konnten die Ursache dafür noch nicht feststellen. Der Unfall löste in den sozialen Medien Diskussionen über die Arbeitsbedingungen und den prekären Zustand vieler Busse im öffentlichen Verkehrssystem Guatemalas aus.

US-Beziehungen: US-Staatssekretär Marco Rubio traf sich im Rahmen seiner Rundreise durch Zentralamerika mit Präsident Bernardo Arévalo. Bei ihrem Treffen vereinbarten Arévalo und Rubio, die Anzahl der Abschiebeflüge von Migrant*innen guatemaltekischer und weiterer Staatsbürgerschaften nach Guatemala um 40 Prozent zu erhöhen. In einer gemeinsamen Erklärung sagte Rubio, dass die USA mit der Infrastruktur für zwei Häfen sowie Auto- und Eisenbahnen Unterstützung leisten wird. Er gratulierte Arévalo zu seinem Engagement für die Demokratie, erklärte jedoch, dass noch keine Änderung oder Ausweitung der bestehenden Sanktionen gegen antidemokratische Akteure diskutiert worden sei.

Preis an ehemalige Staatsanwältin: Der Preis Sir Henry Brooke der Alliance for Lawyers at Risk wurde an die ehemalige Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit (FECI) Virginia Laparra verliehen. Mit dieser Auszeichnung würdigt die Organisation jedes Jahr eine*n Juristin oder Menschenrechtsverteidiger*in, die einen herausragenden Beitrag zum Schutz der Menschenrechte leistet. Laparra wurde dafür wegen ihres Kampfes „gegen Korruption und organisiertes Verbrechen in Guatemala, die zu ihrer Inhaftierung führten, und für ihren engagierten Einsatz zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“ ausgewählt. In ihrer Dankesrede erkannte Laparra die Arbeit von Präsident Arévalo an, betonte aber, dass sie und die anderen exilierte Guatemalte*innen noch nicht ohne Angst in ihr Land zurückkehren können. Zur Transkription ihrer Rede auf Spanisch.

3. El Salvador

US-Beziehungen: Im Rahmen des Besuchs von US-Außenminister Marco Rubio in El Salvador im vergangenen Februar stellte Bukele ein beispielloses Angebot vor. Er bat Trump an, in seinem Strafvollzug verurteilte migrantische und US-amerikanische Gefangene in salvadorianischen Gefängnissen unterzubringen, sollte es dafür eine finanzielle Gegenleistung von den USA geben. In der darauffolgenden Erklärung betonte Rubio, dass dies auch Mitglieder der venezolanischen kriminellen Vereinigung Tren de Aragua einschließen würde. Die zwei Länder haben darüber hinaus eine Absichtserklärung für die Zusammenarbeit im Bereich Kernenergie unterschrieben. Bukele kündigte bereits Mitte 2024 seine Pläne an, ein Atomkraftwerk in El Salvador zu bauen.

Verfolgung kritischer Stimmen: Im vergangenen Monat wurden mehrere bekannte Figuren der Opposition verhaftet. Am 17. Februar wurde der ehemalige Präsident des Obersten Wahlgerichts und FMLN-Mitglied Eugenio Chicas wegen mutmaßlicher illegaler

Chicas hatte seine eigene Frau missbraucht. Bukere musste sich 2019 entschuldigen und einen Schadensersatz in Höhe von 50.000 US-Dollar an Chicas zahlen.

Fidel Zavala, ein prominenter Aktivist gegen die staatliche Repression, wurde ebenfalls im Februar festgenommen. Dies geschah kurz nachdem Zavala die Festnahme anderer Menschenrechtsverteidiger in San Juan Opico angeprangert hatte. Zavala war dafür bekannt, dass er die Folter in den Gefängnissen öffentlich gemacht hat, nachdem er 13 Monate unter dem Ausnahmezustand in Haft verbracht hatte. Dafür verklagte er den Generaldirektor der Strafvollzugsbehörde, Osiris Luna, und den Leiter des Gefängnisses in Cutumay Camones in Santa Ana.

Weitere Kriminalisierung von Anti-Bergbau-Aktivisten: Die erste Anhörung für die Wiederholung des Strafverfahrens gegen die fünf kriminalisierten Aktivisten aus Santa Marta, Cabañas, sollte am 3. Februar 2025 stattfinden. Die Angeklagten sind jedoch nicht vor Gericht erschienen, so dass die Anhörung auf den 9. April verschoben wurde. Zu Beginn der Anhörung las ein Vertreter der Aktivisten einen Brief vor, in dem diese erklärten, dass sie nicht erschienen seien, da sie im salvadorianischen Justizsystem keine Garantien für ein gerechtes Verfahren hätten. Die fünf Umweltverteidiger waren bereits im Oktober 2024 freigesprochen worden. Die Wiederholung des Prozesses auf Druck der Generalstaatsanwaltschaft deutet auf politische Verfolgung hin.

TV-Empfehlung: Die ARTE-Sendung [Mit offenen Augen](#) veröffentlichte eine Folge über die Repression in El Salvador. Die Sendung ordnet Fotos aus aller Welt ein und erklärt ihre Hintergründe und Effekte in der Wahrnehmung von Problemlagen. In der besagten Folge geht es um ein Foto einer Vorführung von Angeklagten im Fall COSAVI und die Inszenierungen im Rahmen der Repression Bukeles. Die Folge ist in der ARTE-Mediathek verfügbar.

4. Honduras

Wahljahr: Die Vorwahl in Honduras wird am 9. März stattfinden. Am kommenden Sonntag werden drei politische Parteien ihre Präsidentschaftskandidat*innen wählen. Die Partei Libertad y Refundación (Libre), derzeit an der Macht, hat als Favoritin Rixi Ramona Moncada Godoy aufgestellt, die von den meisten Fraktionen des Bündnisses unterstützt wird. Ein weiterer Kandidat für Libre, Rassel Antonio Tomé Flores, wird von der Bewegung „Renovación Nueva Alternativa“ (MORENA) unterstützt. Für die Partido Liberal de Honduras kandidiert Jorge Luis Cáliz Espinal, der 2022 vor Luis Redondo von der Regierungspartei Präsident des Kongresses war. Dazu ersucht auch Salvador Nasralla, der bis April 2024 von Präsidentin Xiomara Castro als designierter Nachfolger eingesetzt war, die Kandidatur. Für die Partido Nacional de Honduras (PNH), die ehemalige Regierungspartei unter Juan Orlando Hernández, kandidieren Nasry „Tito“ Asfura, der ehemalige Bürgermeister des Distrito Central, und Ana Rosalinda García, die Ehefrau des ehemaligen honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández.

Die US-Botschaft in Honduras hatte Anfang Januar beantragt, als Beobachter an den Vorwahlen teilzunehmen. Ihre Rolle ist jedoch noch ungewiss. Ein technisches Team der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wird am 9. März anwesend sein. Mehrere honduranische zivilgesellschaftliche Organisationen, die den am Wahlprozess beteiligten

US-Beziehungen: Präsidentin Xiomara Castro und die Regierung von US-Präsident Donald Trump haben sich auf die Aufrechterhaltung des Auslieferungsabkommens für Drogenkriminalität geeinigt. Präsident Castro verkündete die Entscheidung auf X, ehemals Twitter, als das Abkommen 10 Tage vor dem Auslaufen stand. Im August 2024 ordnete Präsident Castro an, den Auslieferungsvertrag mit den Vereinigten Staaten zu kündigen, nachdem der US-Botschafter in Honduras einen Besuch honduranischer Beamter in Venezuela in Frage gestellt hatte.

Ausnahmezustand: Die honduranische Regierung hat den seit mehr als zwei Jahren geltenden Ausnahmezustand im Januar 2025 erneut um 45 Tage verlängert. Im Gegensatz zu früheren Verlängerungen ging die Entscheidung nicht mehr durch den Nationalkongress, sondern wurde direkt vom Ministerrat unter der Leitung von Präsidentin Xiomara Castro angeordnet. Nach Angaben des Sicherheitsministeriums endete Honduras das Jahr 2024 mit einer Mordrate von 26,8 pro 100.000 Einwohner, der niedrigsten in den letzten zwei Jahrzehnten.

5. Nicaragua

US-Beziehungen: Anfang Februar gab US-Außenminister Marco Rubio bekannt, dass ein Ausschluss Nicaraguas aus dem Freihandelsabkommen zwischen der Dominikanischen Republik und Zentralamerika (DR-Cafta) in Betracht gezogen wird. Das Abkommen besteht seit 20 Jahren zwischen den Vereinigten Staaten und den zentralamerikanischen Ländern. Mauricio Claver-Carone, der im Weißen Haus für die Beziehungen zu Lateinamerika zuständig ist, bezeichnete die Ortega-Regierung als Diktatur und erklärte, die Vereinigten Staaten seien „nicht daran interessiert, Nicaragua als Handelspartner zu haben“. Die USA sind aktuell die wichtigsten Handelspartner Nicaraguas. Mehr als 60 % der nicaraguanischen Exportgüter gingen 2022 in die USA: Textilien, Kaffee, Rindfleisch, Meeresfrüchte, Gold, Zucker und Tabak.

Nicaragua in der UN: Anfang Februar kündigte die Regierung von Daniel Ortega ihren Austritt aus der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und die Schließung ihrer Büros in Nicaragua an. Diese Entscheidung war eine Reaktion auf die Veröffentlichung eines FAO-Berichts, in dem die große Ernährungsunsicherheit in dem Land erwähnt wird. Außenminister Valdrack Jaentschke bezeichnete die Informationen als falsch und nannte die Arbeit der FAO „inakzeptabel, unzulässig und respektlos“.

Politik: Die nicaraguanische Ko-Präsidentin Rosario Murillo hat Horacio Rocha López, seit 2022 „Minister und Berater der Präsidentschaft in Sicherheitsfragen“, entlassen. Sein Einfluss innerhalb der Regierung war so groß, dass die anderen Minister*innen ihm gegenüber rechenschaftspflichtig waren und er „Superminister“ genannt wurde. Er war einer der Hauptakteure bei den massiven Entlassungen bei den staatlichen Institutionen und der Sandinistischen Front. Bisher wurde keine offizielle Erklärung für seine Entlassung aus dem Amt abgegeben.

Sicherheit und Repression: Am 26. Februar vereidigte Rosario Murillo 30.000 Mitglieder der neuen sogenannten Freiwilligenpolizei (Policía Voluntaria), einer paramilitärischen Organisation, die im Zuge der neuesten Verfassungsreform geschaffen wurde. Francisco Díaz, der derzeitige Chef der Nationalen Polizei, wurde auch zum Leiter der neuen Organisation ernannt. Die Paramilitärs hatten bei ihrer Vereidigung ihre Gesichter verhüllt. Paramilitärische Kräfte waren maßgeblich an der Unterdrückung der Proteste 2018

[Subscribe](#)

[Past Issues](#)

[Translate ▼](#)
